Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 87 (1993)
Heft: 3

Rubrik: Gelesen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gelesen

«Lieber Hans,
es ist Krieg im Nahen Osten.
Die Staaten, die bombardieren,
sind Kunden der Zürcher Todesfabriken.
Was wirst Du unternehmen,
um diese Gesetzesverletzungen zu unterbinden?
Das Mandat eines Nationalrates besteht ja auch darin,
darüber zu wachen, ob die Exekutive Gesetze einhält.»

Brief eines Wählers
vom 20. Januar 1993

Eine sehr unbequeme Frage

Was machen mit so einem Brief? Er ist ergänzt durch ein Blatt mit Zahlen aus der offiziellen Statistik des Bundes. Was im letzten Jahr an Kriegsmaterial an die Amerikaner, Briten und Franzosen ging. Die schon 1991 den Irak bombardierten. Nun wieder. Nicht zum letztenmal, ist zu befürchten. Auch nach Pakistan, Malaysia und Singapur sind Waffenlieferungen aufgelistet. Spannungsgebiete, ohne Zweifel, für die gemäss geltendem Gesetz wie in kriegführende Staaten keine Ausfuhrbewilligung erteilt werden dürfte. Eigentlich gehörten die 115 Millionen für Deutschland gleichfalls dazu, lese ich weiter, «da in dieser Summe die Kanonen enthalten sind, die in der BRD in Fregatten eingebaut werden, die für die Türkei bestimmt sind». Diese führe, unter anderem, Krieg gegen die Kurden. Was immer an Waffen exportiert, durch Waffenschieber vermittelt oder in Lizenz fabriziert werde, heisst es zum Schluss, «tötet morgen vielleicht ein Kind, eine Frau, einen Mann».

Ich merkte, dass ich mich einen Moment lang an das Stichwort Türkei klammern wollte. Wie an einen Strohhalm. Da glaubte ich in Erinnerung zu haben, dass aus unserer Fraktion vor kurzem ein Vorstoss unternommen wurde. Den könnte ich womöglich noch finden. Und war da nicht etwas ganz allgemein in Sachen Waffenexport? Ich kann den Brief ja in die nächste Session mitnehmen und dort jene zwei, drei Genossinnen und Genossen fragen, die sich mit diesen Fragen befassen. Womit er sich für heute weglegen liesse.

Weglegen, ja. Aber wegstecken? Wenn es eines dieser wirren Pamphlete wäre über den einzigen wahren Weg zur Rettung der Welt. Oder eine der unzähligen Drucksachen, wo professionell irgendwelche Interessen vertreten werden, ein computerpersönlicher Normbrief an alle. Doch so leicht wird es mir in diesem Fall nicht gemacht. Hier bin ich persönlich gefragt. Ich weiss, dass der Absender seit vielen Jahren aktiv ist, gegen das profitable Geschäft mit dem Tod anschreibt, Unterschriften sammelt, sich konkret engagiert, unermüdlich. Seine berechtigte Mahnung führt mir vor Augen, wie ermüdet ich bin. Ausgerechnet jetzt. Am entscheidenden Ort.

Dasitzen, weggehen, protestieren?

Hat es mit der Erfahrung zu tun, dass dies eben nicht der entscheidende Ort ist? Wusste ich das denn vorher nicht? Sicher, doch. Aber nicht so total. Nicht mit dieser lähmenden Klarheit. Es ist mehr als bedrückend, in Bern im Parlament zu sitzen, wenn der Krieg in Jugoslawien wütet und sich die Grenzen für Flüchtlinge in unserem Land kaum einen Spalt weiter auftun. Selbst der starke Protest sämtlicher Nationalrätinnen und Ständerätinnen, aus ihrer Betroffenheit über kriegsmässig vergewaltigte Frauen gewachsen, hat wenig bewirkt. Als ein paar Tage später die Interpellationen zur Lage in Jugoslawien zur Debatte kamen und Leni Robert von den Ein-

drücken vor Ort berichtete, waren die Reihen bei allen Fraktionen praktisch leer. Zuvor hatten wir uns rassistische Tiraden gegen die Anti-Rassismus-Konvention angehört. Niemand verliess demonstrativ den Saal.

Lauthals protestieren? Eine persönliche Erklärung abgeben? Zu beidem gab es mehr oder minder moderate Rügen aus berufenerem Munde. Wahrscheinlich war ein Sitzungsgeld als Spende mehr wert. Vielleicht werden wir, wenn an einer der seltenen Zusammenkünfte unserer Parlamentarischen Gruppe gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dafür Zeit bleibt, über das künftige Vorgehen in solchen Situationen reden.

Das ist nicht mein Gebiet ...

Was soll das? Ist das Beschreiben von Ohnmachtsgefühlen eine politische Antwort? Ich schweife ab. Es geht um ein anderes, konkretes Thema. Und die Frage lautet: Was wirst Du unternehmen? Vorerst werde ich andere fragen, die sich mit der Materie schon länger befassen. Eigentlich hoffe ich, dass sie bereits getan haben, was zu tun war. Noch empfinde ich die Waffenausfuhrfrage nicht als mein Gebiet. Die tägliche Flut. Wir alle müssen uns konzentrieren. Es ist schwer genug, wenigstens «seine Dossiers» zu kennen, wie es bei der Beurteilung von parlamentarischer Arbeit so schön heisst. Bitte versteht das. Ich bin in der Sicherheitspolitischen Kommission nur Ersatzmitglied, von Fall zu Fall...

Aber wie sieht es denn in meinem Gebiet aus? In der Verkehrskommission bin ich regelmässig. Auf die dort dominierenden Themen war ich nach acht Jahren in der kantonalen Raumplanungskommission ein gutes Stück weit vorbereitet. Was derzeit im nationalen Verkehrsbereich als Problem explodiert, war längst offensichtlich: Zwei parallele, für jeden Anspruch ausgebaute Mobilitätssysteme können wir uns auf die Dauer nicht leisten. Selbst für ein reiches Land ohne Rezession liegt dieser Luxus ökonomisch nicht drin. Und ökologisch ist der Fall erst recht klar. Um eine globale Klimakatastrophe abzuwenden, so stellte zum Beispiel das Europäische Parlament im letzten Herbst fest, ist der Ausstoss von Kohlendioxid bis zum Jahr 2010 um rund 40 Prozent zu vermindern. Das hiesse Verkehrsvermeidung und konsequente Umlagerung, keinerlei kapazitätssteigernde Ausbauten des Strassennetzes mehr. Von den Verkehrsinvestitionen, dies ist einer Folgestudie von Greenpeace zu entnehmen, müssten 80 Prozent künftig in die Schienen fliessen. Wir wüssten da alle längst, was wir müssten. An politischen Absichtserklärungen fehlt es nicht.

An die Versprechen erinnern

«Bis zum Jahr 1994 hat uns der Bund wieder bessere Luft zum Atmen versprochen», habe ich selbst als Statement für mein Wahlinserat formuliert: «Wir müssen ihn laut und deutlich daran erinnern. Nicht nur im Parlament. Aber dort auch.» Jetzt haben wir 1993. Das einst hochoffiziell erklärte Ziel ist ausser Reichweite geraten, und in der Verkehrspolitik läuft ziemlich alles verkehrt, was verkehrt laufen kann. Verzichtplanungen bei der Bahn, noch mehr zweckgebundenes Treibstoffzollgeld soll in die Strasse. In absehbarer Zeit sind, wenn nicht ein Wunder passiert oder der Druck von unten massiv zunimmt, keine Lenkungsabgaben zu erwarten.

Was ich in Bern dazu beigetragen habe? Mich im Namen meiner Fraktion für eine vom Rat massiv abgeschmetterte Standesinitiative zur Einführung des Ökobonus eingesetzt. In der Fragestunde einmal die Überprüfung eines Autobahnteilstücks verlangt. War da noch was? Spontan fällt mir nichts ein. Natürlich habe ich immer brav mit den Grünen für die radikalsten Kürzungsanträge beim Strassenbudget gestimmt. Gegen die Treibstoffzollvorlage bin ich in den eigenen Reihen kurz und erfolglos rotiert, dann habe ich kapituliert. Wo es die Traktanden in Kommissionsberatungen ergaben, habe ich einschlägig nachgefragt und gemotzt.

Ausserdem votierte ich für die Alpeninitiative, welche den Gütertransit auf die

Schiene zwingen will. Ich werde bei den geplanten Volksbegehren zum Erhalt von Bahninfrastrukturen und zur Halbierung des motorisierten Privatverkehrs dabei sein. Gut, dazu müsste ich nicht im Parlament sein. Ist es genug an Bemühungen, dass die Regierung ihre Verpflichtungen einhält? Ist das «laut und deutlich»? Eher kleinlaut möchte ich entgegnen, dass dies halt mein erstes Jahr am neuen Ort war. Noch dazu das Europajahr, wo anderes kaum interessierte. Umweltfragen schon gar nicht...

Aber gerade dann wäre der Einsatz für eine Sache doppelt nötig! 1994 ist ja wirklich bald. An der Bedrohung hat sich nichts geändert. Wer weiss, vielleicht bekam in dieser Sache eine meiner Kolleginnen den Brief einer Wählerin, die sich für ihr Kind und die Zukunft aller anderen engagiert. Womöglich fragt die Kollegin mich dann in der nächsten Session, was da geht. Weil das doch eher mein Gebiet sei. Ganz ohne Folgen bleiben solche Schreiben in der Regel nicht.

Hans Steiger

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Dreimal «Staat und Kirche»

Die Konflikte zwischen Staat und Kirche sind häufiger geworden. Das hängt zum Teil mit der Säkularisierung des Politischen zusammen, mit der die Kirche, insbesondere die katholische, seit je ihre liebe Mühe hatte. Aber auch der Staat versucht, die von ihm anerkannten Kirchen soweit zu disziplinieren, dass der Gott der Armen aus ihnen weichen und dem Götzen der politischen Neutralität Platz machen muss. Gerade der säkulare, keiner Religion oder Weltanschauung verpflichtete Staat hat jedoch kein Mandat, in die Verkündigungsfreiheit der Kirche einzugreifen, überhaupt zu innerkirchlichen Streitfragen oder zu Auseinandersetzungen zwischen den Kirchen, Religionen und Weltanschauungen Stellung zu nehmen. In der Schweiz sind es drei neuere Konflikte, an denen diese Problematik aufbricht: 1. der Streit um das Kruzifix in der Schule von Cadro, 2. die Auseinandersetzung um die Wahlhilfe des Zürcher «Kirchenboten» für einen sozialdemokratischen Regierungsratskandidaten und 3. die Art und Weise, wie die Erziehungsdirektion des Kantons Zürich gegen fundamentalistische Gruppierungen innerhalb und ausserhalb der Kirche vorgeht.

Der «Kruzifixstreit» von Cadro

1984 hat das Verwaltungsgericht des Kantons Tessin eine Anordnung der Gemeinde Cadro aufgehoben, dass in jedem Schulzimmer ein Kruzifix hängen müsse. Dagegen rekurriert hatten der Lehrer Guido Bernasconi, Freidenker und Redaktor des «Libero Pensiero», sowie drei Bürger von Cadro, unter ihnen auch der Vater eines reformierten Schülers. Die Rekurrenten machten geltend, das Kruzifix im Schulzimmer verletze ihre *Glaubens- und Gewissensfreiheit* sowie das verfassungsrechtliche Gebot der *neutralen Staatsschule*. Die Gemeinde gelangte darauf ans Bundesgericht, das – nach einem Kompetenzgerangel mit Bundesrat und Bundesversammlung – am 26. September 1990 das Urteil sprach, ein Kruzifix gehöre nicht ins Klassenzimmer einer öffentlichen Schule. Das Urteil ist mit drei Stimmen gegen eine ablehnende Minderheit von zwei christlichdemokratischen Richtern zustande gekommen.